

TT Auktion

kostenlos registrieren,
mitbieten und bares
Geld sparen!



Gratis TT testen

und eine von zwei
Infrarotkabinen
gewinnen!

TT.COM > POLITIK > LANDESPOLITIK > 92 % FÜR AUSBAU DER WASSERKRAFT, FELIPE GEGEN ABSTIMMUNG

Printausgabe der Tiroler Tageszeitung vom Fr, 01.11.2013

LANDESPOLITIK

92 % für Ausbau der Wasserkraft, Felipe gegen Abstimmung

ARTIKEL

DISKUSSION (9)



Neun von zehn Österreichern sind für den Ausbau der Wasserkraft, so eine Studie des IHS im Auftrag des Klima- und Energiefonds.

© TT / Thomas Böhm

Empfehlen { 7 } | Twittern { 0 }

Innsbruck – Großprojekte und Umweltschutz – zwei unvereinbare Dinge? Diese Frage wurde am Donnerstag beim Impulsforum ibet in Innsbruck kontrovers diskutiert. Aufhorchen ließ Markus Bliem vom Institut für Höhere Studien (IHS) in Kärnten, der mit einer aktuellen Studie zur Wasserkraft im Gepäck nach Tirol kam. 95 Prozent der Österreicher seien gegenüber der Wasserkraft eher oder sehr positiv eingestellt, erklärte Bliem. Neun von zehn (92 Prozent) haben demnach auch eine positive Einstellung zum Bau weiterer Wasserkraftwerke entlang der österreichischen Flüsse.

Das IHS hat zu dem Thema 2000 Personen befragt und eine umfassende Studie zum volkswirtschaftlichen Nutzen von solchen Großprojekten erarbeitet. Auffallend dabei: Die Bürger sind zwar grundsätzlich mit einer großen Mehrheit für den Ausbau, allerdings solle dieser nicht in ihrer Nähe passieren. „Nimby“ laute die Devise der Österreicher, bemerkte Bliem. Nimby steht für „Not In My Back Yard“, zu Deutsch: nicht in meinem Hinterhof. Bliem hat außerdem erfragt, dass sich trotz der positiven Einstellung 43 Prozent der Befragten grundsätzlich schlecht über die Wasserkraftnutzung in Österreich informiert fühlen. Lediglich

Lesertrends aus der Kategorie

- | NEUESTE | GELESEN | KOMMENTIERT |
|------------|--|-------------|
| vor 2 Std. | Prozess gegen Mursi hat begonnen: 20.000 Polizisten im Einsatz | |
| vor 3 Std. | Der Anti-Plastiksackerl-Pakt | |
| vor 3 Std. | Streit um Bachverbauung ruft böse Erinnerung wach | |
| vor 3 Std. | Eine Reform will unter die Leute | |
| vor 3 Std. | Seefeld bangt um seinen Wildsee | |

Alle News anzeigen

18 Prozent wissen von konkreten Ausbauplänen in ihrer Umgebung.

Die grüne Landeshauptmannstellvertreterin Ingrid Felipe sprach sich auf der ibet indes klar gegen Volksabstimmungen und -befragungen bei komplexen Infrastrukturprojekten aus. In einem Vorwort zur Veranstaltung nannte sie Volksabstimmungen eine „Brachialmethode“ der Bürgerbeteiligung. Felipes Erklärung: „Dass 51 Prozent der Menschen 100 Prozent ihrer Forderungen erfüllt bekommen und die unterliegenden 49 Prozent durch die Finger schauen, entspricht nicht meinem Demokratieverständnis.“ Sie sei eine „Kompromisslerin im positiven Sinn“.

Felipe argumentierte ihre Ablehnung außerdem damit, dass die Österreicher das Instrument Volksabstimmung noch nicht so gewöhnt seien. „Wir haben hier keine Kultur.“ Auch gebe es keine klare Regelung, wer gefragt werde (Nutzer? Anrainer?) und inwiefern die Ergebnisse verbindlich seien. Außerdem meinte Felipe, dass sich die Frage der Informationspflicht vor Volksabstimmungen stellen würde. Projektwerber hätten meist mehr Geld und könnten eine „PR-Maschinerie anwerfen“, während Kritikern die finanziellen Mittel dafür fehlen würden.

LHStv. Josef Geisler (ÖVP) will in Kraftwerksfragen ebenso wenig wie Felipe das Volk um seine Meinung fragen. „Ich bekenne mich zur repräsentativen Demokratie. Wir sollen nicht mit Volksabstimmungen die Faulheit der Abgeordneten unterstützen.“ (wer)

 Empfehlen 7  Twittern 0  +1 0

WERBUNG



Lust auf einen Flirt?

Triff heiße Single-Frauen aus deiner Region! Jetzt kostenfrei anmelden und losflirten.



Winter im SalzburgerLand

Der Insider-Tipp: Traumhafte Skigebiete, exzellente Hütten & tolle Angebote - Jetzt informieren



Komentieren

 Kommentar schreiben

Schlagworte

IHS

INGRID FELIPE

INNSBRUCK

STROM

TIROL

UMWELTSCHUTZ

WASSERKRAFT

Mehr Artikel aus dieser Kategorie

LANDESPOLITIK

Frühaufstehen für Bürgermeister

Aus sieben von neun Bezirken reist es sich nicht gut mit den Öffis zum Gemeindetag an.